

# Verbands-Anzeiger

Organ des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder

Nr. 5

Das Blatt erscheint jeden Sonnabend.  
Abonnementspreis 5 Mark pro Quartal.  
Redaktion und Expedition: Hamburg 25,  
Claus-Groth-Str. 1. Fernspr.: Nordsee 8246.

Hamburg, den 4. Februar 1922

Anzeigen kosten die sechsgespaltene Non-  
pareillezeile oder deren Raum 3 Mark  
(der Beitrag ist stets vorher einzusenden),  
Verbandsanzeigen 1,50 Mark die Zeile.

36. Jahrg.

## Die neuen Verbandsbeiträge

treten von der 6. Beitragswoche an in Kraft. Das pünktliche Beitragszahlen ist deshalb mehr denn je eine der wichtigsten Pflichten unserer Mitglieder. Wer dieses verzögert, erschwert dem Hauskassierer die Arbeit und mindert seine Lust, für den Verband zu wirken, er schädigt dadurch die Organisation und verliert seinen Anspruch auf Unterstützung.

### Die Verschöpfung der Sozialpolitik.

Als um die Mitte des vorigen Jahrhunderts der Gedanke der Sozialpolitik in Deutschland auftrat und immer mehr an Boden gewann, befand sich das deutsche Proletariat im Abstieg; es ging dem Untergange entgegen und schien rettungslos verloren zu sein. Der Kapitalismus hatte in rücksichtslosster Weise mit der Arbeits- und Lebenskraft, mit der Gesundheit und dem Glück der Unterschichten Schindluder getrieben. Die Massen waren wirtschaftlich ausgebeutet, körperlich und seelisch entartet; sie waren verelendet, entrechtet und zur Unkultur verdammt. Es fehlte ihnen an der nötigen Einsicht in die wirtschaftlichen, sozialen und politischen Zusammenhänge, es fehlte ihnen auch an der Kraft und dem Willen, ihrem Elend ein Ziel zu setzen. Sie waren unorganisiert, unorganisiert und undiszipliniert, und darum waren sie der Raubgier des Kapitalismus widerstandslos ausgeliefert. Wir haben heute kaum mehr eine Vorstellung davon, in welcher unbeschreiblichen Elend das Proletariat damals lebte. In der sozialen Dichtung jener Tage spiegeln sich die grauenhaften Zustände und die in den Massen wohnende Empörung wider, und die damals aufkommende Verelendungstheorie bringt die damals herrschende Stimmung zum Ausdruck.

Ganz allmählich, zunächst nur dem schärferen Auge bemerkbar, setzte ein Umschwung ein. Einsichtige Männer fingen an, sich mit dem Massenelend zu beschäftigen, und aus der Befürchtung heraus, daß unser Volk zugrunde gehen werde durch den kapitalistischen Raubbau, forderten sie das Eingreifen der Staatsgewalt in das Wirtschaftsleben und die Durchführung sozialpolitischer Maßnahmen zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung. Zugleich begann es sich auch in der Arbeiterschaft selbst zu regen; das dumpfe Klassengefühl entwickelte sich langsam zu einem Klassenbewußtsein und es bildeten sich bald hier, bald da politische und gewerkschaftliche Organisationen, die die Proletarier zum Kampfe um eine bessere Lebenshaltung aufriefen. Diese Organisationen trieben Gegenwartsarbeit im Hinblick auf die Zukunft, weil sie erkannten, daß die Befreiung des Proletariats aus der kapitalistischen Knechtschaft nicht von verelendeten Massen vollzogen werden kann, sondern nur von einer körperlich und geistig gesunden, wirtschaftlich und politisch hochentwickelten Arbeiterschaft. Die Verelendungstheorie verschwand aus den Köpfen der denkenden Proletarier und die Verbesserungstheorie trat an deren Stelle. Es wurde der Kampf aufgenommen um Reformen im wirtschaftlichen Leben, ohne daß man dabei das Zukunftsziel aus dem Auge ließ, und Schritt für Schritt wurde gerungen um eine Erneuerung und Gesundung des Proletariats. Die Organisationen führten unzählbare Kämpfe um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, um Arbeiterschutz, um Verkürzung der Arbeitszeit, um eine Fürsorge für Kinder, Frauen und Jugendliche, für Kranke, Invaliden und Alte, für Erwerbslose, kurz für alle Opfer der kapitalistischen Wirtschaft. Es gelang ihnen auch, den Staat von der Notwendigkeit einer sozialen Gesetzgebung zu überzeugen, und so kam die Sozialpolitik in Deutschland langsam und zögernd in Fluß.

Allerdings vollzog sich diese Entwicklung, deren gegenwärtige Folge heute kein ehrlicher Mensch mehr bestreiten kann,

unter dem zähen, hartnäckigen Widerstand der Kapitalisten. Diese erwerbsgierigen Leute, denen die Arbeiter nur als ein Mittel zur Profitmacherei erschienen, pochten auf die Freiheit des Wirtschaftslebens, die nur eine Raubtierfreiheit ist, und sträubten sich mit aller Macht dagegen, daß man ihnen die Raubtierkrallen beschneiden wollte. Es sind erbitterte Kämpfe notwendig gewesen, um die schrankenlose Ausbeutungsfreiheit zu brechen und den Gedanken zum Durchbruch zu bringen, daß eine Schonung der Arbeitskraft und der Gesundheit des Proletariats nicht nur eine Forderung sozialer Gerechtigkeit und Gleichheit ist, sondern daß auf ihrer Verwirklichung auch die Steigerung der wirtschaftlichen Leistungen und die Hebung unserer Gesamtwirtschaft beruht. Schrittweise wich das deutsche Ausbeutertum vor der praktischen Sozialpolitik zurück und fügte sich schließlich und zähneknirschend der Notwendigkeit. Die Erfolge der sozialpolitischen Maßnahmen sind nicht ausgeblieben, die Arbeiterschaft hat einen Gesundungsprozeß durchgemacht — Marx führt „die Wiegeburt des Proletariats“ auf die Arbeiterschutzesetzgebung zurück — und die deutsche Wirtschaft wurde konkurrenzfähig auf dem Weltmarkte. Das war das sichtbare Zeichen der Tragweite und der Heilkraft der deutschen Sozialpolitik vor dem Weltkriege.

Bei einer solchen Lage der Dinge müßte es eigentlich wundernehmen, daß das deutsche Unternehmertum wieder die Zeit für gekommen hält, einen Abbau der Sozialpolitik zu fordern, der geradezu als eine Verschöpfung und Verschandelung der bestehenden Sozialpolitik bezeichnet werden muß, wenn man nicht wüßte, daß diese Leute zu den angenehmen Zeitgenossen gehören, die nichts gelernt und nichts verstanden haben; die durch die Erwerbsgier böllig verblendet worden sind. Auf der Tagung der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, die vor kurzem in Berlin stattgefunden, trat der Wille deutlich zutage, der Sozialpolitik das Genick zu brechen. Ein Schindluder, Dr. Tänzler, wandte allerlei Gehirnmalz auf, um den Nachweis zu erbringen, daß die gesamte staatliche Sozialpolitik verfehlt sei, weil sie zur Zwangswirtschaft in sozialen und wirtschaftlichen Dingen geführt habe und die Mittel des Staates ungebührlich in Anspruch nehme. Er erblickte das Heil in der Selbsthilfe der Arbeiter und in der freien Vereinbarung zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer; er forderte auch auf sozialpolitischem Gebiete die freie Wirtschaft, damit beide Teile nicht immer auf gesetzliche Schranken stoßen, wenn sie ihre Flügel spannen wollten. Es verlohnt sich kaum, sich ernsthaft mit derartigen vorfindlichen Anschauungen und Forderungen zu beschäftigen, die sich jeder Kenner der Sozialpolitik längst an der Schutzhölle abgetaucht hat. Wenn irgendeine Tatsache unwiderleglich feststeht, so ist es die, daß die freie kapitalistische Wirtschaft, weil sie eine Ausbeutungsfreiheit ist, die Verelendung der Unterschichten bedeutet. Solange eine wirtschaftlich starke Oberschicht infolge ihrer Uebermacht imstande ist, sich schrankenlos auszuleben und ihrer Ausbeutungsgier freien Lauf zu lassen, müssen die Arbeitermassen unter den Schlägen geraten. Das hat die Erfahrung überall gelehrt, und deshalb hat der berühmte Rechtslehrer Rudolf von Jhering schon vor Jahrzehnten das deutsche Volk vor der

„kapitalistischen Raubtierfreiheit“ gewarnt, indem er den Satz prägte: „Wenn die Löwen, die Tiger, die Wölfe und die Füchse nach dieser Freiheit schreien, so ist das erklärlich, weil diese Tiere dabei ihren Vorteil finden, wenn aber auch die Schafe nach dieser Freiheit schreien, so ist das ein Beweis, daß sie Schafe sind.“ Wie weit uns die vielgerühmte Wirtschaftsfreiheit in der Nachkriegszeit auf dem Warenmarkte gebracht hat, schreit zum Himmel, und wie weit uns die freie Vereinbarung zwischen Kapital und Arbeit unter Ausschaltung der Gewerkschaften und des Staates, auf dem Arbeitsmarkte bringen würde, braucht wohl kaum gesagt zu werden. Es wäre der verhängnisvollste Fehler, wenn wir die Sozialpolitik abbauen und dadurch dem Ausbeutungs- und Verelendungs willen des Kapitals Tür und Tor öffnen wollten.

Entschieden modernere Anschauungen vertrat ein anderer Redner auf der erwähnten Tagung, der Generaldirektor Dr. Müller, der aus seinen praktischen Erfahrungen heraus die Forderung erhob, daß das Unternehmertum „nicht rein mit dem Rechenstifte arbeiten dürfe, wo es sich um lebendige Menschen handelt“. Man müsse um die Seele des Arbeiters ringen und ein Vertrauensverhältnis herzustellen suchen. Allerdings warnte auch er vor allzubiel Gesetzesmacherei, weil dadurch der Schematismus und die Mechanisierung großgezogen werde, und forderte, daß man die sozialpolitischen Fragen unter dem Gesichtspunkt ihrer Rückwirkung auf die Volkswirtschaft betrachten und behandeln müsse, immerhin aber sei es nötig, sich nach neuen Richtungen einzustellen. Auch die Arbeiterschaft müsse zu ihrem Rechte kommen, wenn sie arbeitsfreudig und leistungsfähig werden solle, und in dieser Beziehung vermächten die Betriebsräte jenseitreich zu wirken, wenn sie zu einem Organ praktischer Mitarbeit würden. Hier bemerkten wir ein allmähliches Aufdämmern der richtigen Beobachtung, daß der arbeitende Mensch, als der Träger des Wirtschaftslebens, in den Mittelpunkt des Interesses zu stellen ist, weil von ihm das Wohl und das Gedeihen der Wirtschaft abhängig ist. Allerdings scheint dieser Redner mit seinen Ausführungen nicht allzubiel Anklang gefunden zu haben, weil seine Zuhörer in der überwiegenden Mehrheit nun einmal unheilbar durch den Kapitalismus verseucht sind.

Es besteht wenig Hoffnung, daß in den Kreisen der Kapitalisten eine vernünftige Auffassung über den Wert, die Bedeutung und die Notwendigkeit der Sozialpolitik Platz greifen wird. Das landläufige Unternehmertum erblickt in den Ausgaben für sozialpolitische Zwecke eine unnütze Geldverschwendung, während sie doch in Wirklichkeit ein Betriebskapital darstellen, das später reiche Zinsen trägt. Diese Kurzsichtigkeit ist die eigentliche Ursache der Abneigung gegen eine wirkliche durchgreifende Sozialpolitik, und da es wohl niemals gelingen wird, das Kapital weitwichtig und heilsichtig zu machen, so bleibt dem Proletariat nichts anderes übrig, als aus eigener Kraft die bisherigen sozialpolitischen Erfolge zu verteidigen und um eine Weiterführung der Sozialreformen zu kämpfen. Die nächste Zeit wird uns erbitterte Kämpfe bringen, sollen sie siegreich verlaufen, so muß das deutsche Proletariat eine geschlossene Einheitsfront bilden, jede Zersplitterung der Kräfte erleichtert dem Unternehmertum die Verschöpfung und Verschandelung der Sozialpolitik.

### Zu den Lohnverhandlungen im Malergewerbe.

Nachdem das Haupttarifamt durch die Arbeitgebervertreter verhandlungsunfähig gemacht worden war, hat ein größerer Teil unserer Hilfsverwaltungen östliche Verhandlungen beantragt. Diese wurden auf eine vom Reichsbund der Malermeister gegebene Parole hin größtenteils abgelehnt, und unsere Kollegen wandten sich darauf an die Schlichtungsausschüsse. Natürlich versuchten die Arbeitgeber, deren Zuständigkeit anzuzweifeln, womit sie aber keinen Erfolg haben konnten. Was liegt unter anderem der Schiedspruch des Mannheimer Schlichtungsausschusses vor, dessen rechtlicher Inhalt sich nach den eingegangenen Berichten mit der Auffassung der meisten andern deckt. Deshalb geben wir nachfolgend den Wortlaut des Mannheimer Schiedspruches wieder:

**Der im Schiedspruch vom 23. bis 25. November 1921 für den Monat Januar 1922 festgesetzte tarifvertragliche Stundenlohn wird für diesen Monat um 10% mit Aufzählung der Pfennigbeträge aus volle 5 und 10  $\mathcal{M}$  erhöht.**

**Gründe:** I. Die Beschwerdegegnerin hat mit Schreiben vom 20. Januar 1922 angezeigt, daß sie eine Verhandlung vor dem Schlichtungsausschuß gemäß § 20 Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 über Tarifverträge uim. ablehne; insfolgedessen ist von ihrer Seite niemand erschienen.

Nach § 27 Absatz 3 der genannten Verordnung ist ein Schiedspruch auch dann abzugeben, wenn einer der beiden Teile nicht erscheint oder nicht verhandelt. Der Vorsitzende hat keinen Anlaß, gemäß § 23 der genannten Verordnung zunächst die nicht erschienenen Personen durch Androhung einer Geldstrafe zum Erscheinen zu veranlassen, da der Schlichtungsausschuß auf Grund des vorliegenden Materials (Schiedspruch des Haupttarifamtes vom 25. November 1921, Niederschrift und Sitzung des Haupttarifamtes vom 4. und 5. Januar 1922, Reichstarifvertrag für das Malergewerbe) in der Lage ist, einen Schiedspruch zu fällen.

II. Der Schlichtungsausschuß Mannheim ist nach § 20 Absatz 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 zuständig, da weder das Ortstarifamt noch das Haupttarifamt tätig geworden beziehungsweise zu einer Entscheidung gelangt ist. Wenn seitens der Beschwerdegegnerin in dem Schreiben vom 20. Januar 1922 darauf hingewiesen wird, daß nur zentral verhandelt werden könne, so ist dagegen zu sagen, daß laut der Niederschrift über die Sitzung des Haupttarifamtes vom 4. und 5. Januar 1922 Seite 6 gerade die Arbeitgeberseite erklärt haben, das Haupttarifamt sei nicht berufen, Entscheidungen in der Lohnfrage zu treffen, weil § 13 Ziffer 3 Reichstarifvertrag entgegenstehe. Aber auch abgesehen hiervon, muß sich der Schlichtungsausschuß für zuständig erklären, da sonst eine andere Stelle zur Entscheidung der Lohnfreiheit nicht vorhanden wäre. Der Schlichtungsausschuß hat denselben Standpunkt bereits im Schiedspruch vom 19. März 1920, der vom Demobilisierungskommissar durch Erlaß vom 29. April 1920 für verbindlich erklärt worden ist, eingenommen, trotzdem auch damals schon der Reichstarifvertrag bestand.

III. In dem Schiedspruch des Haupttarifamtes vom 25. November 1921 sind zwar die Löhne auch für den Monat Januar 1922 festgesetzt, es ist aber am Schluß des Schiedspruches ausdrücklich bemerkt, daß für Monat Januar 1922 jede der Parteien eine Nachprüfung der Lohnsätze durch das Haupttarifamt mittels Antrages verlangen kann, sofern eine wesentliche Veränderung der Verhältnisse eingetreten ist. Das ist der Fall

und bereits in den Verhandlungen vom 4. und 5. Januar (vergleiche Seite 4 und 5 der Niederschrift vom Haupttarifamt) anerkannt. Es ist dem Schlichtungsausschuß auch aus eigener Wissenschaft bekannt. Die geforderte Lohn-erhöhung ist daher zulässig und dem Grunde nach gerechtfertigt.

IV. Was die Höhe der geforderten Zulage betrifft, so hält der Schlichtungsausschuß unter Berücksichtigung der seit der letzten Lohnfestsetzung eingetretenen Teuerung einstimmig den oben festgesetzten Prozentsatz für angemessen.

### Brotverteuerung.

Ueber die Erhöhung der Brotpreise, die am 16. Februar in Kraft tritt, schreibt das „Korrespondenzblatt“ des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes (Nr. 3):

Das Reichsernährungsministerium hat eine Erhöhung des Preises des den Kommunalverbänden überwiegenen Mehles von 75% angekündigt, woraus sich eine dementsprechende Brotpreiserhöhung ergibt. Diese Maßnahme wird begründet mit dem Hinweis, daß die für das laufende Erntejahr im Reichshaushaltsplan bewilligten 3,27 Milliarden Mark für Verbilligung des aus dem Ausland bezogenen Getreides infolge der Verschlechterung des Standes der deutschen Mark nicht annähernd mehr hinreichen, um den jetzigen Brotpreis bis zum 15. August dieses Jahres, wie beabsichtigt war, aufrechtzuerhalten, und daß angesichts der gegenwärtigen Finanzlage des Reiches und des Verlangens der alliierten Regierungen, die Zuschüsse zur Volksernährung einzustellen, Nachbewilligungen unmöglich erscheinen. Sollte man die geltenden Brotpreise bis Mitte August beibehalten, so würden nach dem jetzigen Dollarkurs 16,4 Milliarden Mark Reichszuschüsse erforderlich sein, während eine fünfundsiebzigprozentige Preiserhöhung diesen Zuschuß immer erst auf 10,6 Milliarden Mark herabsetzt. (Eine gänzliche Beseitigung der Zuschüsse hätte statt einer fünfundsiebzigprozentigen Preiserhöhung beim gegenwärtigen Dollarkurs eine solche um etwa 210% zur Voraussetzung.)

Die genannte Preiserhöhung würde den einzelnen bei einem Wochenverbrauch von 2 kg und einem Brotpreis von 7,50  $\mathcal{M}$  pro Zweifelhobrot mit einer wöchentlichen Mehrausgabe von 5,62  $\mathcal{M}$  belasten, ein Ehepaar mit 11,25  $\mathcal{M}$ , eine vierköpfige Familie mit 22,50  $\mathcal{M}$ . Der Jahresaufwand erhöhte sich um 292,50  $\mathcal{M}$  für den einzelnen, 585  $\mathcal{M}$  für das Ehepaar und 1170  $\mathcal{M}$  für die vierköpfige Familie.

Bei dieser Mehrausgabe wird es indes nicht bleiben; denn der Brotpreis gehörte von jeher zu den Preisgrößen, die sich lawinenartig im Wirtschaftsleben auswirken. Jeder wird für den Mehraufwand Deckung suchen, und so wird eine Preiserhöhung die andere treiben. Auch Lohn-erhöhungen können nicht ausbleiben; denn man kann den Arbeitern, Angestellten und Beamten nicht zumuten, sich diese Mehrausgaben an ihren ohnehin unzureichenden Bezügen noch abzusparen. Neue Notruhe im Wirtschaftsleben, Preiskämpfe und Lohnbewegungen werden die unausbleibliche Folge sein. Besonders schlimm wird es wiederum den Sozialrentnern ergehen, die von ihren immer mehr entwerteten Renten und Pensionen nicht leben können.

Die Verantwortung für eine solche katastrophale Entwicklung tragen die, die die Gemeinbewirtschaftung des Brotgetreides jahrelang systematisch untergraben und schließlich zu Fall gebracht haben. Das jetzt geltende Kontingents- oder Umlage-system erhebt von der deutschen Getreideernte für die öffentliche Brotversorgung nur eine Gesamtmenge von 2,5 Millionen Tonnen und läßt den Landwirten den Mehrertrag zu uneingeschränkter Verfügung. Sie können verkaufen an wen und wie hoch sie wollen. Der Weltmarktpreis bildet im allgemeinen die obere Grenze, aber auch diese ist bereits in Zeiten momentan starker Nachfrage überschritten worden. Der Uebernahmepreis für das Umlage-

getreide beträgt 2100  $\mathcal{M}$  für Roggen und 2300  $\mathcal{M}$  für Weizen pro Tonne. Der freie Inlandpreis betrug indes Mitte Januar schon 6000  $\mathcal{M}$  für Roggen und 7600  $\mathcal{M}$  für Weizen. Ein Mehrerlös von 3900 beziehungsweise 4300  $\mathcal{M}$  fließt in die Taschen der Landwirte, der keine Begründung in den Selbstkosten findet, sondern reinen Valutagewinn darstellt. Das ist der Erfolg des Abbaues der Getreidezwangswirtschaft und der Valutaentwicklung!

Man sollte meinen, daß das Reichsernährungsministerium, ehe es die Mehrkosten der Getreideversorgung auf die deutschen Verbraucher abwälzt, zu weniger katastrophalen Maßnahmen gegriffen hätte. Angesichts der Tatsache, daß die einheimische Brotgetreideernte verfügbare Mehreträge aufweist, hätte es bereits im Oktober 1921, am Beginn der bedrohlichen Markverschlechterung, die Umlagemenge erhöhen oder wenigstens inländisches Getreide zur Sicherung aufkaufen können. Es konnte ferner den Preis des abzuliefernden Getreides herabsetzen, da den Landwirten der Verkauf des freibleibenden Getreides unerwartet hohe Gewinne beschief. Es hätte einen Teil der Valutagewinne für die Sicherstellung der Volksernährung erfassen können oder schließlich die öffentliche Brotversorgung auf die minderbemittelte Bevölkerung einschränken können, um für diese erträgliche Preise zu behalten. Von alledem ist nichts geschehen. Das Umlagegetreide ist auch noch keineswegs sichergestellt, da erst 1,9 Millionen Tonnen oder 72% des Umlagejolls abgeliefert sind. Man hat die Landwirte klobig verdienen lassen, und den vollen Schaden tragen das Reich und die Verbraucher. Auch jetzt noch sollen die einheimischen Erzeuger geschont werden. Keine Sonderleistung für die Brotversorgung, keine Steigerung der heimischen Getreideerzeugung durch Pflanzanbau ist in Aussicht genommen. Erhöhung des Brotpreises ist der einzige Ausweg, den der Reichsernährungsminister kennt.

Diese Ernährungspolitik des Reichsernährungsministers Hermes schließt sich innig seiner Steuerpolitik an, die der Heranziehung des Besitzes durch Erfassung der Sachwerte ängstlich ausweicht und die Steuerquellen der arbeitenden Bevölkerung um so ergiebiger fließen läßt. Wir bekämpfen dieses System der Abwälzung der Lasten auf die Nichtbesitzenden und können auch in der Brotpreiserhöhung nichts anderes erblicken als eine Entlastung des Reichshaushaltes durch Mehrbelastung des Verbrauches, anstatt des Besitzes. Um so dringlicher müssen wir fordern, daß dieser ungerechten Politik ein Ende gemacht wird, da sie das Volk erbittert und uns wirtschaftlichen und innerpolitischen Katastrophen entgegentreibt, bei denen mehr als eine Regierung auf dem Spiele steht!

### Wirtschaftspolitische Aufgaben 1922.

Mit voller Wucht lastet das Problem der Sanierung der deutschen Wirtschaft auf das Jahr 1922. Entscheidend wird die Entwicklung des Reparationsproblems sein, das mit den Vorschlägen, Plänen und Entwürfen der Konferenz von Cannes — Verminderung der deutschen Barzahlungen, Gründung eines europäischen Finanzkonföderations mit Einfluß Deutschlands, Einberufung einer gesamt-europäischen Wirtschaftskonferenz gemeinsam mit Deutschland und Rußland — in ein ganz neues Stadium getreten ist. Wenn diese Entwicklung eine vorläufige Stundung der deutschen Barzahlungen und eine weitgehende Umwandlung der deutschen Reparation in Sachleistungen, die gleichzeitig dem Aufbau neuer wirtschaftlicher Produktivkräfte dienen werden, ist, so ist das ein weltwirtschaftlicher Fortschritt, und es werden in den kommenden Monaten zweifellos Valutakatastrophen, wie sie die deutsche Mark in der zweiten Hälfte des vergangenen

### Arbeiterakademie und Gewerkschaftskurse.

Genosse Konrad Haemisch sucht in seinem großzügigen Buch „Neue Formen der Kulturpolitik“ die Aus- und Neugestaltung der Arbeiterbildung in den Dienst der Befreiung der arbeitenden Klasse zu stellen. Seine auf dieses hohe Ziel gerichteten Gedanken legt er so dar:

Es handelt sich für die werdende neue Gesellschaft darum, den Arbeiter aus einem bloßen Objekt der Wirtschaft mit vollem Bewußtsein zu ihrem mitverantwortlichen Träger zu machen. Nur so ist Gemeinwirtschaft denkbar. Das aber ist eine Erziehungsfrage. Und diese Erziehungsfrage können nicht die Organisationen der Arbeiter allein lösen — der Staat selbst hat an diese gewaltige, letzten Endes unser ganzes nationales Leben umfassende Aufgabe im engsten Zusammenarbeiten mit den Gewerkschaften und mit den Verbänden der Angestellten seine volle Kraft zu setzen.

Drei Dinge kommen in Frage: die volkswirtschaftliche Erziehung der Massen selbst, die Erziehung des aus ihren Reihen sich ständig erneuernden Korps der gewerkschaftlichen Unterführer und endlich die notwendige Schulung und Erziehung der auf den ersten Stufen des Wirtschaftskampfes und der Wirtschaftsorganisation stehenden Arbeiterführer.

Die erste Aufgabe muß ganz von unten her angepackt werden, ihre Lösung muß beginnen schon bei der inneren Umgestaltung der Schule und bei der Pflege des volkswirtschaftlichen Denkens wie der handelsüblichen Gewandtheit in allen Schularbeiten. Auch bei den energiegelbsten Jugendlichen werden jedoch bei der zweiten Aufgabe, der Schulung der Unterführer, kaum in erster Linie eine praktische Ausbildung von gewerkschaftlichen Funktionären, Betriebsratsmitgliedern usw. in Frage. Hier dienen die an anderen Unternehmungen schon erprobten, an anderen auch an einigen technischen Hochschulen unterrichteten Gewerkschaftskurse, wie sie unentgeltlich besonders unter Fleißiger Führung und unter hervorragender Mitarbeit des von uns stets am höchsten dinstehenden Genossen Wolpert in Angriff genommen werden sind. Das hat unter besonderer

Berücksichtigung der im rheinisch-westfälischen Industriegebiet von der Arbeiterschaft in Angriff zu nehmenden volkswirtschaftlichen Aufgaben angestrebt wird, das versuchen für den gleichfalls immer wichtiger werdenden mitteldeutschen Industriebezirk ähnliche, unter Wagnitz Leitung in Halle ins Leben gerufene Gewerkschaftskurse zu errichten. In allen diesen Kurzen arbeiten die Gewerkschaften mit den in Frage kommenden Hochschullehrern in der besten Weise zusammen.

Was endlich die Ausbildung der Arbeiterführer selbst betrifft, so sagt über ihre Bedeutung Richard Wolft in seiner ausgezeichneten Schrift: „Wirtschaftliche Schulungsarbeit und gewerkschaftliches Führertum“, eine Schrift, deren aufmerksame Lektüre ich meinen Lesern nicht warm genug empfehlen kann (sie ist im Verlag von Quelle & Meyer in Leipzig erschienen), das Folgende: „Wir gehen einer Periode entgegen, in der die Leiter von großen Gewerkschaften ebenso einflußreiche Wirtschaftsführer werden müssen, wie es die Industriekapitäne großer Unternehmungen geworden sind. . . . Macht wird aber auch hier mit Verantwortlichkeit verbunden sein. Man kann zur Macht kommen, ohne Verantwortlichkeitsgefühl zu besitzen. Aber man kann sich in der Macht nur dauernd behaupten, wenn man sie in ihren Grenzen und Wirkungen der Allgemeinheit gegenüber zu gebrauchen versteht. . . . So sind die Gewerkschaftsführer über den Rahmen ihrer direkten Organisationsvertretung nicht nur zu Macht und Einfluß gekommen, sondern zugleich ist damit die Verantwortung verbunden, über die Sphäre ihrer Mitgliedschaften im Interesse der Gesamtheit des Volkes in die Entwicklung der Wirtschaft gestaltend einzugreifen.“

Der allgemeinen und der besonderen volkswirtschaftlichen Ausbildung der im Wirtschaftlichen führenden Arbeiterpersönlichkeiten soll in erster Linie die Akademie der Arbeit in Frankfurt a. M. dienen, ein Werk, auf das der junge Volkston mit freudigem Stolz blicken darf. Ich kann das um so mehr sagen, als das wertvollste Verdienst an dieser Gründung keineswegs mir, sondern dem Genossen Hermann Lüdemann zuzuschreiben ist, der mit klarem Blick die hier vorliegenden Notwendigkeiten erkannt und als prächtigster Finanzminister, in engstem Zusammenarbeiten mit der Unternehmungsverwaltung, das zu ihrer Verwirklichung Erforderliche getan hat. Auch für Berlin und Düsseldorf wird auf Anregung des Genossen Lüdemann zur Pflege der ganz neuen Aufgabe des Wirtschaftlichen

schulen ungefähr nach dem Muster und mit den Zielen der Frankfurter Akademie geplant. Einen ganz wesentlichen Vorzug, der diese Schulen für Auszubehende unter den Arbeitern vor den Universitäten auszeichnet, sehe ich darin, daß hier nicht mehr oder weniger unreife junge Leute andächtig lauschend zu Füßen eines ihnen in jeder Hinsicht überlegenen Lehrers sitzen, sondern daß in ihnen reife und im Lebenskampf schon bewährte Männer ihre praktischen Erfahrungen auszusprechen können mit der ihnen so gelagerten Lehre. Von diesem Austausch werden beide Teile reich befruchtet werden.

### Kampf und Charakter.

Das ist der volle Mensch, der Charakter hat, der ein starker ist, ein gerader, aufrechter. Und darum sind so viele keine Charaktere, weil sie nur in Kleinigkeiten mal etwas Mut wagen, während sie die großen Widerstände meiden und auf ihrem Lebenswege immer einen weiten Bogen machen, wenn es wirklich gilt, auf geradem Wege über Schwierigkeiten vorwärts zu schreiten.

Charakter sein, heißt Kämpfer sein. Charakter sein, heißt Wahrheitsdrang und Erkenntnis und Ueberzeugung in sich fühlen und immer leben in der Richtung, die es inneren Drängens, auch dann, wenn das Leben dadurch hart und bitter wird. Der Charakter muß leiden. Er ist in der vorberstehenden Reife im Kampfe zum Menschenglück. Und das gibt dem Charakter seine hochtollvolle Größe, daß er zu leiden bereit ist, daß er nur einen, den einen geraden Weg kennt, den Weg des Kampfes.

Der gewerkschaftliche Kampf hat ein neues Ziel, das jenseits vom kapitalistischen Heute liegt und darum nur durch Kampf und Widerstand erzwungen wird. Und deshalb muß der gewerkschaftliche Kämpfer, wenn er der Menschheit das Neue erschaffen will, für sein Ziel zu leiden bereit sein. Er muß Opfer bringen an Zeit und Geld und Kraft. Und wenn er freudig dieses Opfer bringt, wenn er nicht untergeht im Heute, sondern als gewerkschaftlicher Kämpfer immer und überall der Pionier des werdenden Morgen ist, denn ist er das, was seit je die Welt vorwärts brachte und ohne das auch die Zukunft nimmer wird, dann ist er Charakter: Träger des ewigen Wagnisgedankens der Welt.

Konrad Haemisch: „Neue Formen der Kulturpolitik“ Verlag J. S. B. Fischer, Frankfurt am Main.

Sachres erfahren hat, vermieden werden. Das würde bedeuten, daß keine sprunghaften Preissteigerungen von außen her mehr zu befürchten sind, das ganze wirtschaftliche Leben des privaten wie des öffentlichen Lebens könnte auf eine gesündere kalkulatorische Basis gestellt werden.

Trotzdem bleiben natürlich zahlreiche und grundlegende wirtschaftspolitische Aufgaben zurück. Es sind in der letzten Zeit ein Reihe von zum Teil beachtlichen und wertvollen Sanierungsvorschlägen gemacht worden, die meistens beschränkt sich aber auf rein finanztechnische und steuerrechtliche Probleme. Es wird zu sehr übersehen, daß die entscheidende Kernfrage das Produktionsproblem beziehungsweise die Organisation der wirtschaftlichen Produktion ist. Die Zahlungsbilanz werden wir so lange nicht aktivieren können, solange wir Reparationschuldner sind. Um so wichtiger ist die Aktivierung unserer Handelsbilanz, das ist mindestens die Bilanzierung von Export und Import. Alle volkswirtschaftlich nicht notwendige Einfuhr muß auf ein Minimum zurückgedrängt und die volkswirtschaftlich wichtige Ausfuhr gefördert werden. Das wird aber mit der heutigen privatkapitalistischen Devisen- und Börsenspekulation nicht zu erreichen sein, auch nicht durch eine entsprechende Zoll- und Steuerpolitik. Notwendig ist vielmehr eine weitgehende Unabhängigmachung des Außenhandels von den Valutawankungen der Mark und den nur privatwirtschaftlichen Rentabilitätsgegesichtspunkten durch zentrale gemeinwirtschaftliche Regelung. Der Exporterlös hat nicht den privaten Unternehmungen, sondern in erster Linie der gemeinwirtschaftlichen Zentralfelle zuzufleßen. Nur dadurch werden die Valuta- und Dumpinggewinne zellos den volkswirtschaftlichen Bedürfnissen dienlich gemacht. Löhne und Preise werden sich rein nach innerwirtschaftlichen Notwendigkeiten richten, und für eine Stabilisierung des öffentlichen Haushalts wäre die Voraussetzung geschaffen.

Damit in unmittelbarem Zusammenhang steht das Problem des Preisabbaus. Wenn ein solcher möglich wäre, würden nicht nur die ungeheuer gestiegenen Sachausgaben der öffentlichen Verwaltung und damit auch der Steuerbedarf gemindert werden, sondern gleichzeitig das Arbeitseinkommen eine nennenswerte reale Steigerung erfahren, der Inlandsmarkt würde intensiviert, was angesichts der Möglichkeit eines Rückganges des deutschen Exports infolge einer Besserung der deutschen Valuta äußerst vorteilhaft wäre. Aber dieser Preisabbau ist unter der Voraussetzung der obigen Regelung des Außenhandels nur möglich durch eine weitgehend rationalisierte, planmäßig organisierte Bedarfswirtschaft. Mit andern Worten: durch Sozialisierung der fundamentalen Rohstoff- und Schlüsselindustrien, Kohle, Eisen und Stahl, Elektrizitätswirtschaft usw. Wohl hat die gewaltige und intensive Konzentrationsbewegung, die in den letzten 2 Jahren diese Industrien zusammengefaßt und mit der Fertigfabrikation verbunden hat, manches zur Rationalisierung und Intensivierung der Wirtschaft beigetragen, aber den Preisabbau hat sie nicht gebracht. Das wird erst dann möglich sein, wenn aus diesen privatwirtschaftlichen Konzernen und Krüften sozialwirtschaftliche Organisationen geworden sind. Die Finanz- und Steuerprobleme der nächsten Zeit werden die dringende Wirtschaftspolitik immer wieder auf diese Aufgabe hindrängen. Es wird einfach nicht mehr möglich sein die gesamten sozialen Lasten auf dem bisherigen Steuerwege abzudecken, weil dadurch schließlich jede privatwirtschaftliche Vermögensintensivierung ausgeschlossen wäre und durch die immer weiteren Preissteigerungen doch schließlich immer wieder eine neue Erhöhung des Defizits verursacht wird, während die Sozialisierung eine kapital- und kreditstarke Gemeinwirtschaft mit sozialer Produktionspolitik und Absatz zu schaffen imstande ist.

### Aus unserm Beruf.

**Dessau.** In der am 20. Januar stattgefundenen Generalversammlung erklärten sich die Kollegen mit den Beschlüssen des Rates einverstanden und erkannten die Notwendigkeit einer Beitragserhöhung an. Eine Organisation, die noch Beiträge erhebt, die den heutigen Verhältnissen nicht entsprechen, kann unmöglich für die Gesamtheit der Kollegen erfolgreich wirken. Die Lohnpolitik des Vorstandes wurde als richtig anerkannt. Da die letzten zentralen Verhandlungen ohne Erfolg waren, wurde beschlossen, drücklich unsere Forderung an die Arbeitgeber einzureichen. Ein recht krauses Kapitel sind die Löhne der Fabrikmalter und Ladirer. Hier ist es leider der Metallarbeiterverband, der die Löhne der Ladirer gleich mit festsetzt. Diese Löhne sind aber so unzeitgemäß, daß man sich wundern muß, daß dieser Verband seine Stützkräfte in bezug auf Lohnpolitik nicht zur Anwendung bringt. Bei der letzten Lohnerhöhung erhielten die Ladirer der Waggonfabrik bloß bis zu 7 % Aufschlag. Begründet wurde dieser geringe Aufschlag mit dem Hinweis, daß eine Kolonne von 3 Mann bisher bis zu 10.80 M geschrieben habe, während andere Kollegen infolge besonderer Umstände nur 8,50 M schreiben können. Bei einer Aufbesserung der Löhne nach diesen Grundätzen dürften die Ladirer wenig Hoffnung haben, ihre Löhne einigermassen auf eine Höhe zu bringen, die zum Leben nötig ist. Hier wäre es angebracht, daß alle Ladirer selbständig vorgehen. Nötig wäre es ferner noch, daß sich alle Ladirer untereinander einmal bezirksweise verständigen und ihre Forderungen gemeinsam festlegen, um in der Reihe der Baualter zu bleiben.

### Ladirer.

**Leipzig.** Am 18. Januar sprach in einer gut besuchten öffentlichen La-dire-berammlung Kollege Braune über das Thema: „Das Ergebnis der Umfrage über die Lohn- und Arbeitsbedingungen im Ladirerberuf; welche Schlussfolgerungen sind daraus zu ziehen?“ Aus der im Ober aufgenommenen Statistik ist ersichtlich, daß in Leipzig in 62 Betrieben 631 Berufskollegen tätig sind, von denen 307 bei uns, 221 in anderen Verbänden organisiert waren. Von den letzteren gehören 42 dem deutschen Eisenbahnerverband an, die im Übrigen verständig mit der Verbandleitung diesem zugeführt sind. Die übrigen 239 Berufskollegen sind auf 16 verschiedene Ver-

bände, von denen der Metallarbeiterverband mit 108 Kollegen die meisten in sich vereinigt. Erfreulich sei, so führte der Redner aus, daß die Zahl der Unorganisierten verhältnismäßig gering ist. Unter den 631 Kollegen seien nur 42 Indifferente, die den Weg zur Organisation noch nicht gefunden haben und teilweise unter den wichtigsten Einwendungen ihre mangelnde Solidarität entschuldigen. Auch für die Allgemeinheit Arbeiterunion sei kein Feld unter unsern Berufs-kollegen; denn nur 6 Unionisten seien zu verzeichnen. Die angeführten Zahlen zeigen, daß heute unser Verband als der maßgebende für den Ladirerberuf zu betrachten sei. Das zeige sich auch darin, daß nachweislich in den Betrieben, in denen die Ladirer bei uns organisiert sind, im Gegensatz zu den Betrieben, wo die Kollegen andern Verbänden angehören, die günstigsten Arbeitsverhältnisse bestehen. An der Hand einiger Beispiele zeigte der Vortragende, daß die Zersplitterung im Organisationsverhältnis den größten Schaden in sich birgt. Sei doch in einem Betriebe, in dem die Kollegen und Kolleginnen dem Fabrikarbeiterverband angehören, die Tatsache zu verzeichnen, daß Löhne bis herunter zu 2,50 M und 3,65 M gezahlt wurden, während in ähnlichen Betrieben, wo die Frauen bei uns organisiert sind, der Mindestlohn 6 M und 6,50 M betrug. In der Metallindustrie, wo die größte Zersplitterung im Organisationsverhältnis für unsere Kollegen herrsche, seien die schlechtesten Lohn- und Arbeitsbedingungen. Der Durchschnittslohn betrage hier 6,85 M, während in der Möbelindustrie 7,60 M, im Straßenbahn- und Waggonbau 7,45 M und in den Wagenladerereien 8,70 M Durchschnittslohn festzustellen wurde. Die Verordnung zum Schutze gegen Bleivergiftung sei nur in den Betrieben durchgeführt, in denen unser Verband maßgeblichen Einfluß habe. Eine ganze Reihe Erkrankungen an Leberentzündung, Augenleiden und Bleivergiftung findet ihre Erklärung in diesen mangelhaften hygienischen Einrichtungen. In einer Anzahl Großbetriebe, in denen die Kollegen bei uns organisiert sind, sei es uns gelungen, den Baumalertarif durchzusetzen, ohne daß die Kollegen in ihren sonstigen Vorteilen, die im Betrieb vereinbart waren, beschnitten wurden. Daraus sei auch verständlich, daß insbesondere in den letzten Monaten eine verhältnismäßig große Zahl von Berufskollegen aus andern Verbänden zu uns übertraten. Bisher seien wir mit Erfolg bemüht gewesen, die Affordarbeit aus den Betrieben fernzuhalten. Der Redner betonte, daß es bedauerlich sei, daß der Metallarbeiterverband die Tarife ohne unsere Mitwirkung abschleife, obwohl wir zu einem erheblichen Teil an dieser Mitwirkung interessiert seien. So sei es auch nur zu erklären, daß Leute, die 20 Jahre und länger im Betriebe tätig sind, heute noch in die Lohnklasse der Ungelernten und Angeleserten eingereiht sind. Eines sei jedoch, die Industrieverbände wären die Verbände der Zukunft, und es sei töricht, sich der Entwicklung hindernd in den Weg stellen zu wollen. Die Industrieverbände müssen jedoch nach Meinung des Redners erst geschaffen werden, ein Aufgehen der Berufsgruppen in die heute bestehenden Verbände würde bedeuten, daß die speziellen Berufsinteressen in keiner Weise gewürdigt werden, wie sich klar und deutlich aus der letzten Statistik erweise. Solange dieses nicht geschehe, und nicht volle Parität der oberste Leitfad der großen Verbände sei, wäre für uns die Entscheidung der zweiten Ladirerkonferenz in Hannover maßgebend, die allen Berufskollegen den Anschluß an unsere Organisation empfehle.

In der äußerst sachlich geführten Aussprache über diese Ausführungen wurde insbesondere die Frage Industrie- oder Berufsverband? erörtert. Nahezu einstimmig wurde den Ausführungen des Referenten zugestimmt und betont, daß unter den gegebenen Verhältnissen unser Verband die berufliche Vertretung der Kollegen im Ladirerberuf ist und daß die Kollegen in diesem Sinne zu wirken haben.

Nach einigen kurzen geschäftlichen Mitteilungen schloß der Vorsitzende die interessante Versammlung mit dem Hinweis, daß in Zukunft die Kollegen öfter zusammen geladen werden würden, um über ihre Berufsinteressen beraten zu können.

### Aus Unternehmerkreisen.

#### Die „Süddeutsche“ auf dem Wimpelzug.

Der Tarifbruch der Unternehmervertreter am 5. Januar vor dem Haupttarifamt richtet sich am meisten gegen die Älteren, verheirateten Gehilfen. Während man sonst bei Lohnverhandlungen viel Wohlwollen für die älteren Gehilfen herauskehrt, um sie gegen die jüngeren und Ungelernten, die man gern zu Lohndrücker machen möchte, auszuspielen, hielt man es diesmal, wo die Unternehmer zeigen konnte, daß dieses Wohlwollen nicht nur aus leeren Redensarten bestand, für richtig, die infolge der ungünstigen Jahreszeit und wegen des fehlenden Nachschusses, fast nur noch in Frage kommenden Älteren, verheirateten Gehilfen im letzten Augenblick um die ihnen vom Haupttarifamt bereits zugesprochene Lohnerhöhung zu bringen.

Nach diesem Vorgang ist es ein starkes Stück, wenn die bayerische Verbandsleitung der Malermeister in der „Süddeutschen Malerzeitung“ ausgerechnet gerade diesen Teil der Gehilfenerschaft vor ihren Wagen spannen möchte. Sie schreibt: „Wir geben uns der Erwartung hin, daß der ruhig denkende Teil unserer Gehilfenchaft (damit sind wohl die Älteren gemeint) einsehen wird, daß die Meister mit Lohnerhöhungen bis an die Grenze des Möglichen gegangen sind, und daß zurzeit eine weitere Lohnerhöhung uns jede Arbeitsmöglichkeit nimmt.“

So fügt man zur Nachsichtlosigkeit auch noch den Lohn. Oder hält man den ruhig denkenden Teil der Gehilfenchaft wirklich für so naiv, daß er die Absicht, ihn von der Vertretung seiner berechtigten Interessen abzuhalten, nicht mit dem Krächzen fühlt? Gerade die denkenden Gehilfen wissen, daß ihre Löhne gegenüber den Wucherpreisen für Material und den sehr viel mehr emporgeschraubten sonstigen Geschäftskosten, bei denen der Profit der Unternehmer eine hervorragende Rolle spielt, einen so geringen Teil der Arbeitspreise ausmachen, daß trotz ganz wesentlich höherer menschlicher Würdiger Löhne auch nicht für einen Tag weniger Arbeitsaufträge vorhanden sein würden.

Die Absicht der bayerischen Verbandsleitung, sich bei den Gehilfen anzubiedern, daß übrigens sehr auf zu der „Einstellung“ eines norddeutschen Arbeitgebervertreter, daß die Malergehilfen zu 30 % minderleistungsfähig seien und also den gleichen Lohn wie andere Arbeiter — einschließlich der ungelerten — nicht beanspruchen könnten. Dabei schrieb aber im August vorigen Jahres der Geschäftsführer der pfälzischen Malermeister, „daß die Bauarbeiter denselben Löhnen hätten wie die Malergehilfen“. Wenn das richtig ist, so haben aber auch die Malergehilfen denselben Lohn wie die Bauarbeiter und also auch zum mindesten den gleichen Lohnanspruch.

Wir wissen, daß diese Logik allen denkenden Gehilfen viel eher einleuchtet, als daß sie der „Süddeutschen“ auf den Leim gehen.

### Gewerkschaftliches.

**Der Deutsche Bauarbeiterverband** beruht seinen vierten ordentlichen Verbandstag vom 7. bis 13. Mai 1922 nach Leipzig ein. Auf der Tagesordnung stehen unter anderm die Punkte: Aenderung der Verbandsjahung zur Schaffung eines Baugewerksbundes, Lohnbewegung und Reichsstarifvertrag, Stand der Sozialisierung und Antrag des Verbandsvorstandes auf Bewilligung weiterer Mittel zur Schaffung sozialer Baubetriebe und Stand des Bauarbeitereschutzes.

**Der Achtstundentag in Deutschland.** Wenn die Gewerkschaften im Ausland auf die Durchführung des Achtstundentages dringen, so behaupten dort die Unternehmer vielfach, in Deutschland sei der Achtstundentag nur dem Scheine nach eingeführt. In Wirklichkeit arbeite man in Deutschland 10, ja 12 Stunden, und dies sei eine der Ursachen, daß die deutschen Unternehmer ihre Waren zu so billigen Preisen auf den Weltmarkt bringen könnten. Aus diesem Grunde wurde an den Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund vom Auslande her das Ersuchen gerichtet, festzustellen, ob diese Behauptungen der Unternehmer auf Wahrheit beruhen. Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist diesem Ersuchen nachgekommen. Zu diesem Zweck machte er aus einer Zusammenstellung aus einer seit dem September vorigen Jahres aufgenommenen laufenden Erhebung über die Höhe der tariflich festgesetzten Zeitlöhne und die Dauer der Arbeitszeiten für bestimmte typische Berufsarten einen Auszug über die Dauer der Arbeitszeit in 22 Berufen und 29 Orten. Bei der Auswahl der Orte wurden alle Bezirke Deutschlands und die verschiedenen Ortsklassen berücksichtigt. Nach dieser Uebersicht haben von 1389 413 Beschäftigten 601 594 das Höchstmaß an Arbeitszeit, während 787 819 unter 48 Stunden arbeiten.

Nach den Erhebungen arbeiten: von den 22 Berufen in den 29 Orten:

42 Stunden	47 Stunden
Bergarbeiter ..... 216 354	Maurer ..... 6 718
	Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 617
44 Stunden	Zimmerer ..... 912
Maurer ..... 3 235	Stahlarbeiter ..... 1 840
Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 2 378	Schuhfabrikarbeiter .. 13 337
Maler ..... 1 992	Schloßarbeiter ..... 8 011
Steinsetzer ..... 135	
Zimmerer ..... 793	Zusammen... 31 435
Zusammen... 8 443	
45 Stunden	47½ Stunden
Maurer ..... 8 517	Maurer ..... 8 630
Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 1 974	Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 1 279
Maler ..... 258	Maler ..... 75
Steinsetzer ..... 410	Steinsetzer ..... 580
Zimmerer ..... 3 307	Zimmerer ..... 2 510
Bäcker ..... 1 556	
Bergarbeiter ..... 28 508	Zusammen... 13 077
Zusammen... 44 533	
45½ Stunden	48 Stunden
Maurer ..... 12 642	Maurer ..... 33 717
Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 482	Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 12 329
Maler ..... 3 750	Maler ..... 16 421
Zimmerer ..... 4 193	Steinsetzer ..... 2 988
Zusammen... 21 067	Zimmerer ..... 6 440
46 Stunden	Metalldarbeiter ..... 180 079
Maurer ..... 5 650	Holzarbeiter ..... 1 117
Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 2 700	Lederwarenarbeiter .. 10 490
Maler ..... 510	Schuhfabrikarbeiter .. 41
Steinsetzer ..... 90	Buchbinder ..... 21 067
Zimmerer ..... 327	Wachdrucker ..... 37 805
Metalldarbeiter ..... 166 927	Schneider ..... 36 338
Holzarbeiter ..... 43 866	Bäcker ..... 4 683
Lederwarenarbeiter .. 2 305	Brauer ..... 20 953
Bäcker ..... 7 405	Mühlenarbeiter ..... 5 147
Zusammen... 223 780	Brennereiarbeiter ... 1 099
46½ Stunden	Handelsgewerbe .... 24 096
Maurer ..... 12 650	Speidition ..... 18 883
Erdbau-Tiefbauarbeiter ..... 10 000	Ladenarbeiter ..... 13 257
Maler ..... 100	Gemeindearbeiter ... 113 384
Steinsetzer ..... 720	Bergarbeiter ..... 36 278
Zimmerer ..... 3 772	
Metalldarbeiter ..... 201 886	Zusammen... 601 594
Zusammen... 229 128	

Der Bundesvorstand wandte sich gegen die Behauptung, daß der Achtstundentag in Deutschland nur auf dem Papier stehe, und stellte dieser Behauptung die Tatsache gegenüber, daß der Achtstundentag nicht nur durch Verordnung festgelegt, sondern auch in die Tarifverträge übernommen worden sei. Die Ausnahmen für Überarbeit seien scharf und eng umgrenzt und die Gewerkschaften achten streng auf die Einhaltung der Vertragsbestimmungen. Sie kämpfen jede regelmäßige Überarbeit und erfreuen sich dabei der Verbändnisse der überarbeitenden Mehrheit der Mitglieder, die es ablehnen, einen Mehrerwerb durch Überarbeit zu erzielen, um dadurch den Achtstundentag zu durchbrechen. Der Bundesvorstand gibt zu, daß die Leistung von Überarbeit nicht völlig ausgeschlossen ist, namentlich dort, wo nach seine Verträge mit den Gewerkschaften bestehen, also die Nacht der Gewerkschaften zur Aussetzung solcher Verträge noch

begrenzt ist. Dieses Maß möglicher Ueberzeitarbeit kommt im Vergleich zu der sonst üblichen Innehaltung des Achtstundentages zu wenig zur Geltung, daß die Last der Durchführung des Achtstundentages in Deutschland nicht im geringsten zu bezweifeln sei.

Die Gründe, die zu dieser Erhebung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes geführt haben, sollten jedem Arbeiter zu denken Anlaß geben, ganz besonders im Hinblick auf die Ausführungen, die der Bundesvorstand zu der Ueberarbeit machen mußte. Gewiß, die Not ist groß und jeder möchte durch Ueberarbeit seinen Einnahmestiel vergrößern. Aber hinter dieser geringen Hilfe, die der einzelne Arbeiter dadurch im Kampfe um die Besserung seiner Existenz erhält, erhebt sich drohend eine riesige Gefahr für die gesamte internationale Arbeiterschaft. Der Kampf der Unternehmer gegen den Achtstundentag baut sich auf der Ueberarbeit auf, die die Arbeiterkraft leidet. Diese auf das technisch mögliche Mindestmaß herabzusetzen und ihre Auswüchse mit aller Energie zu bekämpfen, ist die verdamnte Pflicht und Schuldigkeit der Gewerkschaften und aller ihrer Mitglieder. Wer diese Pflicht verläßt, versündigt sich am ganzen internationalen Proletariat. Er liefert billig den Unternehmern Material, um den Achtstundentag zu vernichten, wo er besteht, und seine Durchführung da zu verhindern, wo die Arbeiterschaft noch um ihn kämpfen muß.

### Vom Ausland.

**Schweiz.** Vom Zentralverband des Schweizerischen Bauarbeiterverbandes werden wir um nachstehende Bekanntgabe gebeten:

**Kündigung von Obligationen des Genossenschaftsfonds des Zentralverbandes der Maler und Gipser der Schweiz.** Der schweizerische Bauarbeiterverband als Rechtsnachfolger des Zentralverbandes der Maler und Gipser der Schweiz, kündigt durch gegenwärtige Publikation die 4 prozentigen Obligationen über 10 Fr., 50 Fr. und 100 Fr., die gemäß den Beschlüssen der außerordentlichen Delegiertenversammlung des Zentralverbandes vom 12. März 1911 zur Emission gelangten, auf den 1. Juli 1922 zur Rückzahlung. Die Inhaber solcher Obligationen oder deren Rechtsnachfolger haben die Titel auf dem Zentralsekretariat des schweizerischen Bauarbeiterverbandes in Zürich, Anwandstrasse 8, bis spätestens den 1. Oktober 1922 vorzuweisen und gegen Empfangnahme des Nominalbetrages abzugeben. Bei späterer Vorweisung kann für eine sofortige Regulierung der gekündigten Obligationen keine Garantie übernommen werden.

### Verschiedenes.

**Die Deutsche Gewerbechau in München 1922.** Die Notwendigkeit, daß Deutschland hochwertige Qualitätswaren hervorzubringen muß, wenn es auch in Zukunft auf dem Weltmarkt erfolgreich konkurrieren will, wird allgemein anerkannt. Es wäre jedoch grundfalsch, unter Einstellung anderer Warenerzeugung auf Qualitätsarbeit die Beilegung der Massenherstellung verzichten zu wollen. Qualitätsarbeit und Massenartikel brauchen keine Gegensätze zu sein. Es gibt Massenartikel, die schon sind, es gibt aber auch zahlreiche Massenartikel, die Qualitätsarbeit im besten Sinne des Wortes sind. Die Einstellung aller Industrien und Gewerbe auf Qualitätsmassenartikel muß das Ziel sein. Unter Qualitätsarbeit wird in erster Linie die konstruktions- und materialtechnisch beste Arbeit verstanden. Noch zu wenig wird auf den Gebrauchswert des Gegenstandes geachtet. Erst beides, Qualitäts- und Gebrauchswert, sichern der Ware dauernden Erfolg. Mit solchen Waren wird Deutschland seine Ansehlichkeit auf dem Weltmarkt begründen. Daß das deutsche Gewerbe solche Ware schaffen kann, haben die zahlreichen Ausstellungen in letzter Zeit bewiesen. Die im Sommer 1922 in München stattfindende „Deutsche Gewerbechau“ soll dem gleichen Zweck dienen. Sie ist wieder eine Schau, noch eine Kunstgewerbeausstellung, wobei eine reine Gewerbe- noch eine Industrieausstellung. Zusammengefaßt werden dort alle Arbeiten des Handwerks und der Industrie, bei denen außer dem praktischen Zweckgedanken und der gediegenen technischen Herstellung die Besorgung der geschmacklichen Form von Bedeutung ist. Gleichgültig ist es

dabei, ob es sich um die allereinfachsten Gebrauchsgegenstände oder um Werke höchstgelegener künstlerischer Fertigkeit handelt. Es sollen Keramik und Glas, Holz, Metall und Papier, Textilien, Spielzeug, Musikinstrumente und Sportgegenstände, vor allem aber aus dem großen und weiten Gebiet des Kunstgewerbes das, was im neuen Deutschland geschaffen ist, ausgestellt werden.

Nach den Vorkarben, die für diese Gewerbechau im Gange sind, ist anzunehmen, daß sie ihren Zweck erfüllt. Das ist auch im Interesse der Arbeiter zu wünschen.

### Fachtechnisches.

**Farbige Häuser in Stuttgart.** Der Bauwelt wurde über die Anwendung des farbigen Hausanstriches nachstehender Bericht gefandt, der für unsere Kollegen von besonderem Interesse sein wird: Während man in den kleinen Städten Schwabens, schon seit es wieder möglich ist, die Häuser herzurichten, auf die schöne alte Sitte des farbigen Aeußeren — in farbigem Putz oder Anstrich — zurückgriff und dadurch ganz überraschend reizvolle Wirkungen erzielte, ist man in Stuttgart nur zögernd gefolgt. Es begann erst mit der Erneuerung einiger kleiner alter Häuser, mit derselben Wirkung wie in den Landstädten. Und damit war das Eis gebrochen. In ganz überraschend großer Zahl sind und werden jetzt die noch stark verbreiteten alten Bürgerhäuser farbig erneuert, wobei durch die größtenteils mit viel Geschmack abgeleitete andersfarbige Bemalung des Gebälks, der Schnitzereien und des Steinbildhauerwerks eine überraschend freundliche und behagliche Stimmung erzielt wird. Geradezu verblüffend ist die Wirkung bei einem prächtigen, großen Renaissancebau am Markt, der ganz in rufsch-grün gehalten ist, während das Rahmenfenster gelbbraun gehalten ist. Die eine Schmalfont des Hauses ist zudem, ebenfalls nach einer alten süddeutschen Sitte, mit großen allegorischen Figuren (in der Art der Bemalung der Stuttgarter Markthalle), die auf das im Hause betriebene Geschäft Bezug nehmen, geschmückt. Nicht weit davon ist ein bis dahin unansehnliches Gebäude durch eine geschickte Erneuerung zu einem „Hohen Haus“ und einem Schmuckstück der Straße geworden. Von einer ganz besonderen freundlichen Wirkung der Farbe im Hausanstrich kann man sich an einer andern Stelle Stuttgarts überzeugen. Da steht einer jener unglücklichen vierstöckigen Hauskästen mit riesiger Front, nächsten zum Dabonlaufen. Jetzt ist die gewaltige Masse mit einem jatten Rot gestrichen, die Fenster und Simse leicht grün abgetönt, und das ganze Haus lacht, hellt die Gesichter der Vorübergehenden auf, läßt vor jedem Laden herweilen. Von besonders feiner Wirkung wird die Außenfront des neuen Mehlmotels. Bis etwas über die Hälfte des Hauses ist es tiefgrün abgeputzt mit abschließenden breiten, gezackten Stuckrand. Der obere Teil ist silbergrau gepußt. Auf dem Grün stehen in großen goldenen Buchstaben die Firmennamen. Gerade die Anwendung des farbigen Hausanstriches in der inneren Geschäftstadt und der alten Wohnviertel beweist, von welchem Wert die Farbe im Stadtbild sein kann, wie sogar alle Kästen durch sie gewinnen und in den Schreckensstraßen der Vorstädte durch die Farbe vieles gemildert wird.

### Literarisches.

**Leitfaden zum Studium der Wirtschaftsgeschichte** von A. Seher. Die Broschüre ist ein guter Wegweiser durch das weite Gebiet der Wirtschaftsgeschichte; besonders für alle diejenigen, denen wenig freie Zeit zur Verfügung steht und nur Volkshochbildung erhalten haben. Eine Menge Tatsachen und Anregungen sind in kurzer, leichtverständlicher Weise übersichtlich zusammengestellt. Jedem, der für die gewerkschaftlichen Bestrebungen tätig ist und behüßlich sein will, sie zu verwirklichen, ist die Anschaffung dieser Broschüre nur zu empfehlen. Sie erscheint im Verlage von Schölk & Co., Deutscher Metallarbeiterverband in Stuttgart. Preis pro Exemplar 3 M. Bei Bestellungen von weniger als 10 Stück ist die Vereinnahmung des Betrages an den Verlag notwendig.

**„Die Schule der werdenden Gesellschaft.“** Von Dr. Fritz Karjen, Oberstudienrat. Preis 7 M. 1922. J. G. B. Diez Nachf. — Buchhandlung Vorwärts, Berlin. Die Schrift des Genossen Dr. Fritz Karjen, aus der soziali-

stischen Weltanschauung heraus geboren, wird zu einem selbständigen kraftvollen Träger dieser Weltanschauung. Die Gemeinschaftsschule als Schule der lebendigen Gesellschaft wird nach Karjen dieser entspringen, von den Mitteln der Gesellschaft leben und für alle da sein. In dieser Schrift Karjen loht das den ganzen Menschen ergreifende Feuer eines überzeugten Sozialisten, der von den erhabenen Zukunftsaufgaben der Menschheit ganz erfüllt ist.

**Das notleidende Kapital.** Von Curt Heining, Verlag J. G. B. Diez Nachf. — Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68. Preis 2,50 M. Schon zum zweiten Male verbreitet die deutsche Industrie in ihren Betrieben eine Arbeit des Generaldirektors der Allgemeinen Elektrizitätsgesellschaft, Geheimrat Deutsch, die in scheinbar ernsthaftem wissenschaftlichem Gewande nachweist, daß das deutsche Kapital zunehmend notleidet. Heining's Broschüre behandelt nun kurz und bündig die Fragen der Bekanntheit und der geheimen Gewinne der deutschen Großindustrie und wartet mit einer Fülle von wissenschaftlich einwandfreiem Material auf. Es handelt sich also um eine Abwehr- und Kampfbroschüre. Sie wird in der Agitation wertvollste Dienste leisten, im besonderen auch wird sie in Fabrik und Werkstatt nützliche Aufklärung bringen. Jeder Arbeiter, Angestellte und Beamte sollte diese Schrift lesen.

**„Im Dienste der Entente“**, ein französischer Geheimbericht von Wilhelm Reil. J. G. B. Diez Nachf. Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW 68, Preis 1,50 M.

**Die „Sozialistische Genossenschaft“**, Halbmonatsschrift für das gesamte Genossenschaftswesen, (Era (Neu)), ist durch die Post vierteljährlich zum Preise von 12 M. zu beziehen. Diese gut geleitete Genossenschaftsschrift kann allen Interessenten nur bestens empfohlen werden.

**Geschichte der USPD.** Entstehung und Entwicklung der Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, von Eugen Prager, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, G. m. b. H., Berlin C 2, Breite Straße 8/9.

### Vereinstell.

Die Filiale Düsseldorf sucht zum sofortigen Eintritt einen zweiten Filialangestellten. Derselbe soll hauptsächlich in den Zahlstellen und den Betrieben die Agitation betreiben und an einem oder zwei Tagen der Woche Beiträge einlassen. Fünfjährige Mitgliedschaft ist Voraussetzung. Bewerbungen sind bis zum 15. Februar an den Verband der Maler, Düsseldorf, Wallstr. 10, eingureichen.

### Sterbetafel.

Berlin. Es starben folgende Kollegen: Am 2. Dezember 1921 der Kollege Wilhelm Ahrend, geboren am 20. September 1879 in Stendal; am 29. Dezember 1921 der Kollege Fritz Köper, geboren am 29. August 1869 in Neu-Luddebeck; am 4. Januar der Kollege Ludwig Wolters, geboren am 14. März 1863 in Sorlum; am 5. Januar der Kollege Gustav Schlicht, geboren am 25. Oktober 1874 in Braunsberg; am 6. Januar der Kollege Friedrich Krause, geboren am 15. April 1868 in Aheben; am 8. Januar der Kollege Otto Seuss, geboren am 26. März 1870 in Kirglin; am 10. Januar der Kollege Peter Thomassen, geboren am 26. März 1862 in Ohlling i. Dänemark; und am 11. Januar der Kollege Otto Metzger, geboren am 16. Oktober 1894 in Berlin. Düsseldorf. Am 4. Januar starb infolge Ueberfahrens durch die Straßenbahn der Kollege Wilhelm Messer im Alter von 42 Jahren. Ehre ihrem Andenken!

Die Woche vom 6. Februar bis 11. Februar 1922 ist die 6. Beitragswoche.

# Rockenit

wetterfest weicheit  
säurefest  
Mit jeder Erd- und Mineralfarbe mischbar.

Heinrich Gamway, Chemische Fabrik,  
Daihingen a. E.-Stuttgart.

In beziehen durch den Großhandel

Malereibetrieb „Anklam“, E. G. u. I. H., Anklam.

## Arbeitslose

oder eine selbständige Erfindung Suchende, die mit leichter Mühe zu Hause vom Tisch aus wöchentlich 300 bis 400 M. verdienen wollen, lassen sich sofort meine schon von Tausenden Kameraden mit Erfolg benutzten Buchstaben-Pausen zur Anfertigung von Brillant-Glasplafondmalereien sowie zur Herstellung von Plafond- und Schilderarbeiten aller Art aufgeben. Mit Hilfe meiner Buchstabenpausen kann jeder sofort die saubersten Glasplafondmalereien herstellen. Besonders sehr wirkungsvoll sind die ganz neuen Aluminium-Glasplafondmalereien, die etwas ganz Neues und Fortwährendes sind. Ganze fertige Buchstabenpausen, bestehend aus 16 Doppelaluminium, jedes Aluplatz 24 große und 26 kleine Buchstaben in 5 verschieden Schriftarten und in 5 verschiedenen Größen von 1 1/2 bis 18 cm. sowie Zeichen, Zahlen und Verzierung in 4 verschiedenen Größen nebst fertigem Kristallglas-Schild mit eigenem Namen des Befellers im Werte von allein 10 M., einem Bogen Gold und einem Bogen Brillant-Aluminium nebst genauer Gebrauchsanweisung. Preis der kompletten Serie nur 47 M. gegen Nachnahme oder Einzahlung des Betrages von 48 M.

Albin Huttmacher, Maler, Wilden (Süd), Rheinland.

### Malermäntel

wieder in guten Qualitäten lieferbar.

Probieren a. Preisliste kostenlos.

D. Wurzel & Co.  
Berlin SO.  
Grabenstraße 13.  
Telefon: Moritzpl. 1235

Der Kollege **Ernst Levens**, (Buchdruck 115 077), wird gebeten, seinen Berufsleistungen seiner Logik-wirtschaft gegenüber nachzukommen. **Hilke Steinberg**.

### Jeder Kollege

besitze sofort einen Probeband **„Der Dekorationsmaler“** 3 höhere Hefte mit 12 feinsten Farbentwürfen. Preis 15 Sch. bei Vereinnahmung des Betrages.

Quellen-Verlag,  
Königs-Isar, Pippingstr. 2.

### Wilhelm Walter

Dele, Lacke, Leime  
Billiche Bezugsquelle für Maler und Sattler.  
Hamburg, Bartelsstraße 72.  
Geschäftszeit von 9 bis 7 Uhr.

# LEHRKURSE

für neuzeitliche Holz- u. Marmorarbeiten

## nach den patentierten Methoden der Firma ROBERT OLDENBRUCH

PLEINFELD i. BAYERN

In den Wintermonaten werden an allen Plätzen des Reiches, von denen eine Zahl von mindestens 10 Teilnehmern gemeldet wird, **achtstägige Abendkurse** veranstaltet. Diese sind sowohl für Fortgeschrittene, als auch für Anfänger eingerichtet und verbürgen solide Ausbildung in rationeller Arbeit nach bewährten Methoden, auch Tiefpreparatverfahren! Teilnehmergebühr 60 Mk., ohne Nebenausgaben. Inbegriffen sind: Materialverbrauch, Werkzeugausrüstung, Beleuchtung und Beheizung. — Stellenlose, Schwerkranken, bedürftige und nachweislich Minderbemittelte erhalten angemessene Vergütung. — Stellenvermittlung für tüchtige Teilnehmer kostenlos. — Ich eruche die lill. Filialen des Verbandes um freundl. Unterstützung. Jede Auskunft erteilt bereitwilligst: **ROBERT OLDENBRUCH, Pleinfeld i. Bay.** Fernruf 4. — Drahtwort: Kospafarben.

Nr. 3 u. 4 des „Korrespondenzblatt“ liegen heute bei.